

Die Lage ist ernst, aber...

Kennen Sie das SNAFU-Prinzip? Es ist lt. Wikipedia ein aus der amerikanischen Soldatensprache entlehntes Akronym für „Situation Normal, All Fucked Up“, was frei übersetzt so viel wie „Lage normal, alles im Arsch“ heißt. „Von vergleichbarer Bedeutung im Deutschen ist die Umkehrung der Lagebeschreibung ‚Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos‘ zu der mit Galgenhumor gewürzten Verballhornung ‚Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst‘“. Es gibt natürlich noch viele weitere Variationen, wie „Die Lage ist ernst, aber hoffnungslos!“

Mal hören, welche Variation sich Michael Müller und Frank Henkel heute bei ihren öffentlichen Auftritten vor Parteifreunden und Medienvertretern aussuchen wird. Michael Müller, nun wieder Chef der Berliner SPD, lädt heute Abend zum traditionellen Sommerempfang seiner Partei ein. Bereits am Nachmittag treffen sich die Delegierten der CDU zu einem Parteitag, und zwar an einem ungewöhnlichen Ort: im Kino. Und warum: Weil ein Film gezeigt wird. Titel: Regierungsprogramm „Der Film.“ Die CDU redet erst gar nicht von einem Wahlprogramm, sondern vom Regierungsprogramm. Und an der Regierung will sie auch nach den September-Wahlen beteiligt sein. Bei der derzeitigen Gemengelage ist (fast) nichts unmöglich. Wobei man nicht vergessen sollte, dass Umfragen keine Wahlergebnisse sind, obwohl das von den Auftraggebern so dargestellt wird. „Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, dann...“ Ja, das Dann erfahren wir am 18. September um 18 Uhr, nicht früher.

Frank Henkel wird zum Thema „Die nächsten 5 Jahre“ auf dem Parteitag sprechen. Da wird sicherlich mehr Wunsch als Wirklichkeit präsentiert. Eröffnet und somit angeheizt wird der Parteitag von Generalsekretär Kai Wegner, der dem Regierenden Bürgermeister vorwarf, „Brandanschläge mit Gesprächsangeboten belohnt“ und so „die Gewaltspirale mit seinem Gerede in Gang gesetzt“ zu haben. Das kommentierte selbst Müllers-Chefkritiker Lorenz Maroldt auf Radio Eins mit „kaum zu überbietende Infamie.“

Auch die Gastredner, CDU Generalsekretär Peter Tauber, und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier werden Frank Henkel nicht trösten können, sacken ihre Werte doch auch ab, Ausgangslage Bund 41,5% - Hessen 38,3% - Umfragewerte derzeit für beide 33%. immer noch besser als 20 Prozent.

Journalisten wissen alles besser, verraten aber selten, was sie besser machen würden. Kritisieren ist der einfachere Teil im Verhältnis Politik-Medien. Dass die Medien alles, was Politik macht, kritisch hinterfragen müssen, ist vollkommen in Ordnung. Anders als die Opposition haben aber die Medien das ganze Bild darzustellen. Kommen Tausende von Flüchtlingen in die Stadt, rufen viele nach Beschränkungen, was Berlin gar nicht selbst entscheiden kann. Wird Wohnungsbau angekündigt und umgesetzt, lautet die erste Reaktion „zu wenig!“ Werden Millionenbeträge für die Schulsanierung zur Verfügung gestellt, heißt es „zu wenig!“ Werden marode Straßen repariert, heißt es „zu wenig und nicht schnell genug!“ Werden neue Mitarbeiter in den Ordnungs- und anderen Ämtern eingestellt, heißt es „zu wenig!“ Es ist vollkommen egal, was der Senat veranstaltet, es gibt in den Medien immer die gleiche Antwort. Fortschritte und Erfolge der Senatspolitik landen im hinteren Teil der Zeitungen oder entfallen.

Nun kann man Kritik so oder so äußern. Man kann sie sachlich darstellen und Gelungenes dem gegenüberstellen. Man kann Kritik auch zum polemischen, häufig verletzenden, manchmal sogar pöbelnden Stilmittel entwickeln, wie es der so genannte „Checkpoint“-Newsletter des Tagesspiegels Montag bis Freitag präsentiert. Maroldt sitzt im Augenblick so weit oben im Elfenbeinturm, dass er es lächelnd wegsteckt und sogar veröffentlicht, wenn einer seiner Leser schreibt: „Ihre sogenannten Spötteleien sind für mich einfach nur Pöbeleien und Ungezogenheiten, aber da Sie die meiste Zeit eh in irgendwelchen Kneipen oder Restaurants verbringen, scheint Ihnen der stete Alkoholgenuss wohl nicht zu bekommen oder auch die Übersättigung an exotischen Speisen.“

Noch ein Wort zur Rigaer Straße. „Im Ringen um Recht und Unrecht in der Rigaer Straße 94 hat niemand irgendetwas richtig gemacht“, schreibt heute BZ-Chefredakteur Peter Huth. Da hat er wohl Recht. „Der Rechtsstaat ausgenutzt und ausgetrickst von den einen wie den anderen: Den Hintermännern und Eigentümern dieses ach so unwichtigen Gebäudes. Den Ideologen, die von ‚linken Wohnprojekten‘ sprechen und meinen, allein dieser ‚Ansatz‘ erhebe sie moralisch über Miete und Eigentum, ihrer Spießerpunk-Guerilla, Bier und Stein in der Hand“, kommentiert Huth die Lage. „Alles nicht zum ersten Mal, alles schon dagewesen, durchgespielt, durchgestanden. Alles ohne Bedeutung für 99,9 Prozent der Bürger.“

Aber diesmal hat der wohl zur Berliner Folklore gehörende Kampf ‚Spekulant-gegen-Hausbesetzer‘ etwas anderes bewirkt: Die totale Bankrotterklärung der Berliner Politik. In der Sache. Vor allem aber im Umgang miteinander. Verdrehung von Tatsachen, Missgunst, parteiinternes Gerangel und Geschubse, ein Beißen und Kratzen, Spott, ja Hass, Untätigkeit, banges Abwarten und dumpfer Aktionismus, Egoismus und Machtgier. Das ist keine biblische Liste der Todsünden, sondern ein Ausschnitt aus dem Tätigkeitskatalog der Berliner Politik, keine zwei Monate vor der Wahl.“ Ich habe in dem kompletten Beitrag von Peter Huth versucht Passagen zu finden, denen ich vehement widersprechen kann, aber keine gefunden, bis auf die völlig unnötige Pöbelei, mal wieder gegen den Regiereden Bürgermeister, den Huth als im Konflikt „friedlich dahinschnarchend“ bezeichnet. So richtig haben wohl nur wenige eine Ahnung davon, wie der Job eines Regierungschefs aussieht. Man kann jemand unfähig finden, das bleibt dem Betrachter überlassen, jedoch als „dahinschnarchend“ zu bezeichnen, entbehrt der Realität, was Peter Huth wissen müsste.

Den Ablauf der Gerichtverhandlung, die mit einem Versäumnisurteil endete, und was dieses tatsächlich bedeutet, verstehen vermutlich nur Menschen, die selbst schon mal vor Gericht standen. Jubeln kann niemand, weil es keine Sieger gibt. Mit einem Fläschchen „Henkell Trocken“ auf den „Erfolg“ vor Gericht angestoßen zu haben, war wohl etwas voreilig. (B.Z.-Frage an die Richterin: „War das ein Pyrrhus-Sieg?“ – Richterin: „Kann man so sagen“). Denn Nicola Herbst hatte ganz eindeutig gesagt: „Macht er (der Eigentümer, die Red.) aber sein Eigentumsrecht vor Gericht geltend, haben Sie keinerlei Anspruch mehr auf den Besitz.“)

Wie auch immer, der Kernpunkt scheint ja wohl das Nichtvorhandensein des Räumungstitels zu sein. Und hier hat, das muss man zugestehen, Lorenz Maroldt Recht, wenn er, natürlich überspitzt, schreibt: „Es gab keinen Räumungstitel und keinen Gerichtsvollzieher, ergo keine Rechtsgrundlage – Henkels Polizei hat mit dreihundert Leuten einen Einbruch beschützt“.

Die Liste der Ungereimtheiten ist lang, bis hin zu den Eigentümerverhältnissen der Rigaer Straße 94, an deren Eingang jetzt ein Schild mit russischem Namen klebt. An der Rigaer Straße 94 wird bis zum 18. September kein Weg vorbeiführen.

Ed Koch

2